

Das UniJournal im Gespräch mit Tobias Schumann, TU-Student und Senator



Unser Gesprächspartner: Tobias Schumann, Student der Sektion Verarbeitungs- und Verfahrenstechnik im zweiten Studienjahr, Mitglied des Senats des Wissenschaftlichen Rates.

Was will, was kann der Studentenrat?

Fünf Monate ist die Wende alt. Vieles hat sich geändert, vieles liegt aber auch noch im Dunklen. An den Universitäten sind als neues Organ der Mitbestimmung die Studentenräte entstanden.

Meinung einzubringen und das nicht nur im Großen, sondern eben auch in solchen Gremien, wie es der Studentenrat ist. Die Euphorie, mit der man am Anfang an die Dinge herangegangen ist, scheint verfliegen.

und staatlicher Anerkennung, besteht Mitspracherecht. Allerdings ist diese Formulierung rein verbal und nicht juristisch gesichert. Es hängt alles vom Wohlwollen des Rektors ab.

duj: Du bist Mitglied des Senats des Wissenschaftlichen Rates. Wer schlug dich für dieses Amt vor, und wer wählte dich?

T. S.: Für diese Wahl hat mich der TU-Studentenrat vorgeschlagen und auch direkt gewählt. Die Wahl aller anderen Mitglieder des Senats erfolgte durch den Wissenschaftlichen Rat der Universität.

duj: Hast du zeitmäßig nicht Sorgen, alles unter einen Hut zu bekommen?

T. S.: Ja, das ist schon ein Problem. Bei der Fülle der Aufgaben, wie das Teilnehmen an den Beratungen der einzelnen Gremien, das Problem oder die Anforderung, sich ständig auf dem laufenden zu halten, auch über die Sektionsgrenze hinweg, ist der Zeitaufwand sehr hoch.

duj: Wie wird denn nun die Mitsprache des einzelnen verwirklicht?

T. S.: Es wäre so zu realisieren, daß wir das Angebot unterbreiten, mit dem sich der einzelne auseinandersetzt. Inwieweit er es nutzt, muß er selbst entscheiden, da es nicht möglich ist, sich wirklich um jeden individuell zu kümmern.

duj: Wie sieht es mit eurer Legitimation aus?

T. S.: Wir beziehen unsere Legitimation aus der repräsentativen Abstimmung bei der Wahl des Stu-Ra. Natürlich auch daraus, daß bei uns mindestens ein Vertreter jeder Seminargruppe mitarbeitet.

duj: Gibt es keine neuen Gruppen, die den gleichen Anspruch auf Vertretung der Studenten erheben?

T. S.: Diese Möglichkeit haben sie, denn das ist ja die Grundlage der Demokratie, aber mir ist keine solche Gruppe bekannt, die das mit entschiedener Konsequenz tut.

duj: Gibt es Bestrebungen des Uni-Stu-Ra, eine Halbtagsanstellung durchzusetzen, wo dann die Pflichten zusammenlaufen, denn die Aufgaben auf Universitätsstufe sind ja wesentlich größer als an den einzelnen Sektionen.

T. S.: Ja, es gibt Bestrebungen des Uni-Stu-Ra, eine Halbtagsanstellung durchzusetzen, wo dann die Pflichten zusammenlaufen, denn die Aufgaben auf Universitätsstufe sind ja wesentlich größer als an den einzelnen Sektionen.

duj: Welche Unterstützung erfährt du aus dem Kreis deiner Seminargruppe?

T. S.: Die Bereitschaft zur Beteiligung ist nicht sehr hoch. Es überwiegt die Konsumtion. Wahrscheinlich muß das auch so sein, und man kann sich nicht darauf verlassen, daß die Massen hinter einem stehen.

duj: Wie ist der Uni-Stu-Ra zu erreichen?

T. S.: Wir haben wöchentlich eine Sitzung für die Sektionsvertreter, an der natürlich Gäste teilnehmen können, im BVK jeweils Montag um 19.30 Uhr. Ansonsten ist unsere Präsenzstelle im BVK ebenfalls montags in der 2. Doppelstunde besetzt, und wir haben ein Arbeitszimmer in Baracke 3, Zi. 11. Abgesehen davon hat jeder Sektionsstudentenrat seine eigenen Kontaktadressen.

duj: Ist mit der Wahl der 5 Studenten in den Senat die demokratische Mitsprache jetzt wirklich gesichert?

T. S.: Man muß erst definieren, was Mitsprache bedeutet. In dem Sinne, daß man in den einzelnen Gremien seine Meinung äußern kann, mit Legitimation

duj: Welche Motivation liegt dem Engagement zu Grunde?

T. S.: Hauptsächlich ist es die Verpflichtung, die aus meinem Engagement am Anfang (also im Oktober) erwachsen ist. Ich sehe das so, daß es immer so sein wird, daß sich eine kleinere Gruppe von Leuten zusammenfindet, die etwas verändern will.

duj: Ist mit der Wahl der 5 Studenten in den Senat die demokratische Mitsprache jetzt wirklich gesichert?

T. S.: Man muß erst definieren, was Mitsprache bedeutet. In dem Sinne, daß man in den einzelnen Gremien seine Meinung äußern kann, mit Legitimation

duj: Welche Motivation liegt dem Engagement zu Grunde?

T. S.: Hauptsächlich ist es die Verpflichtung, die aus meinem Engagement am Anfang (also im Oktober) erwachsen ist. Ich sehe das so, daß es immer so sein wird, daß sich eine kleinere Gruppe von Leuten zusammenfindet, die etwas verändern will.

duj: Welche Motivation liegt dem Engagement zu Grunde?

T. S.: Hauptsächlich ist es die Verpflichtung, die aus meinem Engagement am Anfang (also im Oktober) erwachsen ist. Ich sehe das so, daß es immer so sein wird, daß sich eine kleinere Gruppe von Leuten zusammenfindet, die etwas verändern will.

duj: Welche Motivation liegt dem Engagement zu Grunde?

T. S.: Hauptsächlich ist es die Verpflichtung, die aus meinem Engagement am Anfang (also im Oktober) erwachsen ist. Ich sehe das so, daß es immer so sein wird, daß sich eine kleinere Gruppe von Leuten zusammenfindet, die etwas verändern will.

duj: Welche Motivation liegt dem Engagement zu Grunde?

Natürlich liegt es auch daran, daß der Stu-Ra sich von unten nach oben aufgebaut hat und gerade in der oberen Ebene dieser Prozeß noch lange nicht abgeschlossen ist.

duj: Hinsichtlich der Zukunft des Studienablaufs hängt ja manches in der Luft. Ich möchte dir einige Reizwörter nennen, wozu ich gern deine Meinung gewußt hätte: Wohnheimplätze!

T. S.: Man sollte organisieren, daß das Verhältnis Wohnqualität-Preis stimmt, man also Auswahlmöglichkeiten unter den Wohnheimplätzen hat. Das heißt, Wohnheimplätze nach wie vor bereit zu stellen und die Mieten der Höhe des Stipendiums anzugleichen, so daß die Plätze bezahlbar bleiben, man jedoch wählen kann.

duj: Stipendium!

T. S.: Entweder wie bisher, aber der Preisstruktur des Landes angepaßt (wo bei dies illusorisch ist, denn kein Staat kann das tragen), oder es wäre denkbar, ein Grundstip zu zahlen und dann ein BAföG, das nach sozialen Gesichtspunkten vergeben wird, aufzuschlagen. Das Stipendium auf jeden Fall leistungsorientiert gezahlt werden, und weiterhin muß es für jeden möglich sein, zu studieren.

duj: Numerus clausus!

T. S.: Wenn man ihn technisch und organisatorisch absichern kann, ist es ganz gut, wenn er wegfällt. An unserer Sektion steht er ab Oktober ins Haus, da alle, die eine Zulassung erhalten haben, kommen können (also auch die, die jetzt von der Armee vorzeitig entlassen werden). In der rein organisatorischen Absicherung liegt natürlich ein Betätigungsfeld für den Studentenrat. Auf weite Sicht sollte man sich überhaupt vertraut machen mit dem westlichen Einschreibungsprinzip, allgemein mit dem westlichen Hochschulmodell.

duj: Also 100prozentige Übernahme des bundesdeutschen Modells?

T. S.: Zumindest des Rahmenmodells mit weitestgehender Autonomie der einzelnen Universitäten. Hier könnte dann realisiert werden, was in den einzelnen Arbeitsgruppen des Senats ausgearbeitet wurde (duj druckte die erarbeiteten Thesen in den letzten Ausgaben. - Die Red.). Ich würde da auf eine projektbezogene Ausbildung drängen, in der die Ökologie als Grundtenor einer technischen Hochschule die Stimme angibt.

duj: Was hältst du von spektakulären Aktionen wie z. B. Streik?

T. S.: Streik an einer Uni ist was anderes als im Betrieb, eigentlich nur eine Demonstration des Unwillens. Ich lehne ihn persönlich ab. Es müssen Strukturen und Möglichkeiten der demokratischen Mitbestimmung gefunden werden, daß ein Streik nicht nötig ist. Für mich ist es das Veto-Recht.

Mit Tobias Schumann sprach Frank Hinde.

Die bundesdeutschen Unis platzen jetzt aus allen Nähten. Das Problem wird sich im nächsten Sommersemester drastisch verschärfen: Bildungspendler aus der DDR werden die Uni-Verwaltungen vor Aufgaben stellen, die sie kaum noch bewältigen können.

„Etwa 10 Prozent aller Studenten, die sich im Sommersemester 1990 immatrikulieren, werden aus der DDR kommen“, so die besorgte Schätzung der offiziellen Stellen. Die Voraussetzungen für die Bewältigung des Ansturus waren günstig, denn als die Mauer fiel, hatte das Wintersemester bereits begonnen.

Offensichtlich gilt für die Universitäten die gleiche Devise wie auch für viele andere Bereiche: „Ziel der Hochschulen ist es, das Studium in der DDR so attraktiv zu machen, daß niemand mehr 'rüberkommt', so der Referent von FU-Präsident Heckerhann.

Ganz oben steht das Problem der sogenannten Bildungspendler. Ein Phänomen, das die Berliner ihrer Insellage verdanken: Im Osten leben und wohnen, im Westen studieren. Die Ost-Berliner Studenten sind Deutsche im Sinne des Grundgesetzes und haben Anspruch auf BAföG. Beim „umrubeln“ z. B. des Höchstsatzes (also Tausch in DDR-Mark) käme ein Einkommen zustande, von dem selbst Schack-Goldkowiak geträumt hätte.

In Zukunft sollen Westwissenschaftler daher verstärkt Gastvorträge an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin (HUB) halten. Die Industrie- und Handelskammer und der Fachbereich Jura der FU bieten in den Semesterferien zudem mehrwöchige Weiterbildungskurse an, um DDR-Juristen in den westlichen Paragraphenschnur einzuweisen. Ähnliche Offerten gibt's auch von den Wirtschaftswissenschaftlern.

Um diese Frage zu klären, traf sich Anfang Februar die Berliner Wissenschafts-senatorin Barbara Riedmüller-Seel mit Bildungsminister Mölleman. Herausgekommen ist ein Kompromiß, mit dem die „Zonis“ eigentlich gut leben können: Das BAföG wird in einer Höhe ausbezahlt, die den niedrigeren Lebenshaltungskosten in Ost-Berlin angepaßt ist. Berücksichtigt werden allerdings die Kosten, die den Spendlern in den West-Menschen, in Bussen und Bahnen sowie beim Bücherkauf entstehen. Die Novellierung der BAföG-Regelung soll bis Mitte März stehen. Die gesetzliche Krankenversicherung der Bundesrepublik wird für DDR-Studenten wohl entfallen. Vermutlich reicht der Sozialversicherungsausweis der DDR.

Der Wechsel in den Westen wird auch Nachteile mit sich bringen: Die neuen Kommilitonen werden vor vollkommen andere Studienbedingungen gestellt. Waren sie bisher Seminare mit höchstens 20-25 Teilnehmern gewohnt, so werden sie jetzt teilweise gemeinsam mit 120 bis 150 Kommilitoninnen und Kommilitonen büffeln müssen. Kurioserweise können sie damit gerade jenen Verhältnissen den Rücken, um die sie von West-Studenten beneidet werden: kleine Seminare und billige Mieten. Eine Besserung der schwierigen Studienverhältnisse im Westteil der Stadt ist nicht zu erwarten, aber immerhin kann man überfüllten Seminaren als West-Student entfliehen, indem man als Gasthörer an die Humboldt-Uni geht. Seit den Novemberereignissen ist das durchaus möglich, allerdings nur gegen cash - die Sache ist gebührenpflichtig.

Die Universitäten gehen jedoch leer aus. Die zusätzlichen Ausgaben für das Sommersemester sollen über den Nachtragshaushalt im Herbst geregelt werden.

Lutz Göllner in „UNICUM“ März '90

Studenten, macht Euch stark!



...leuchtet die Überschrift auf einem der Aushänge, die unser Bild zeigt. Stärke hängt auch mit guter Information zusammen, deswegen auf dieser Seite viele Infos zum Thema Studentenrat. Foto: duj/Eckold

AIESEC

Schon wieder was Neues? Weit geht! AIESEC ist die internationale Vereinigung der Studenten der Wirtschaftswissenschaften. Sie existiert seit 41 Jahren mit 69 Mitgliedsländern und Hauptsitz in Brüssel, übrigens 69. Land war die SU im Februar 1989. Hauptsächliches Anliegen der Organisation ist der weltweite Praktikantenaustausch von Wirtschaftsstudenten und die Durchführung von sogenannten Projekten mit starker wirtschaftlicher Prägung. Der Praktikantenaustausch umfaßt 88/89 6000 Stellen in rund 70 Ländern, bei einer Praktikumsdauer von 6 bis 78 Wochen. Im Lokalkomitee Hamburg, die BRD bringt stolze 50 Lokalkomitees ein, bekannt ca. 150 Bewerber 45 Praktikantenstellen gegenüber. Dabei müssen sich die sogenannten Outgoer einem Auswahlverfahren unterwerfen, wobei die Sprachkenntnisse und der direkte Bezug zur Studienrichtung eine wesentliche Rolle spielen.

Dann ist es aber möglich, ein Praktikum in A wie Australien bis Z wie Zimbabwe zu absolvieren. Das ganze funktioniert so: ein AIESECer sucht eine Firma in seiner Umgebung, macht dort einen Praktikumsplatz locker für einen Ausländer und meldet diese Stelle an die Zentrale. Die Zentrale vergibt die Stelle weltweit und der Student z. B. in Indien setzt sich dann mit dem AIESEC-Lokalkomitee oder der Firma in Verbindung und macht die ganze Sache fest. AIESEC kümmert sich um die Unterkunft und die Betreuung während des Praktikumsaufenthalts. So einfach, man muß NUR etwas Organisationstalent, Überzeugungskraft, Verhandlungsgeschick, Elan... haben, aber nichts was man nicht lernen kann. Das schöne an solchen Unternehmen ist, daß sie viel Positives bringen für Mitglieder und Praktikanten und alles andere als schaden. Nun zu den Projekten, die von Lokalkomitee zu Lokalkomitee unterschiedlich sein können. Sie umfassen Verträge, Seminare und Diskussionen zu Themen wie ökologienorientiertes Management, Kultursponsoring, Marketing und Existenzgründung u.v.m. Am Workshop kann dann theoretisches Wissen in der Praxis getestet werden. Auf jeden Fall bietet AIESEC den Rahmen für Leute mit vielen neuen Ideen und der Lust am Organisieren. Auch folgendes zeigt ihren Stellenwert: AIESEC ist die größte überparteiliche Studentenorganisation der Welt, neben dem Roten Kreuz der einzige, von der UNO anerkannte internationale Verband, die einzige Studentenorganisation, die weltweit Praktikanten austauscht, Katalysator im Dialog zwischen Theorie und Praxis, zwischen Staaten und Studenten, Ost und West, Nord und Süd. AIESEC ist kein besseres, weltweit operierendes Arbeitsamt, kein Reisebüro für Erlebnis- und Sprachreisen und keine erwerbsmäßig geführte Organisation. AIESEC, ein Studentenverein von Studenten für Studenten. Jetzt auch in Dresden!

Sorgen um Stip und Wohnheim

„Angst“, schrieb die TAZ am 26. 2., „scheint die einzige Errungenschaft von vierzig Jahren Realsozialismus zu sein, die einzige Mitgift für ein vereinigtes Deutschland.“ Angst - ein Phänomen, das zunehmend alle Bereiche der Gesellschaft erfasst. Lawinenartig nimmt sie zu und ist auch verstärkt unter der Studentenschaft zu finden. Es kommt etwas auf uns zu und keiner weiß, wie es genau aussieht. Die Pläne zur Reformierung des Studiums, wie im DUJ 1/90 und 2/90 abgedruckt, werden kaum noch wahrgenommen, weil sie sich zwar mit der organisatorisch-technischen Veränderung des Studienbetriebes zur effektiveren Durchsetzung wirklicher Leistung beschäftigen, die Masse der Studenten aber verstärkt die Frage nach den existentiellen Rahmenbedingungen stellt.

Wen wundert's, daß Gerüchte aus dem Boden schießen wie Pilze nach dem Regen. Teilweise artet das so stark aus, daß der Streit über ungelegte Eier mehr Zeit bindet als man sich fürs Studium nimmt. Dringend notwendig erscheinen mir die Klärung der Finanzierung des Studiums (sprich: Gibt's weiter Stip oder BAföG oder eine dritte Variante), die Problematik der Wohnheimplätze (bei denen gerüchert wird von Mieten in der Größenordnung von 80 bis 100 Mark oder der totalen Wegfall der Wohnheimplätze die Rede ist) und nicht zuletzt die Frage, ob die TU ihr Bildungsniveau überhaupt halten kann. Der letzte Punkt ergibt sich vor allem vor dem Hintergrund starker Wanderbewegung von Professoren und Dozenten sowie der in Kürze als Konkurrenz auch auf unserem Gebiet auftretenden Akademiker der Bundesrepublik (man vergesse nicht das Überangebot in diesem Bereich in der Bundesrepublik).

Eine Positionierung des Rektors, des neuen Senats, aber auch der Studentenräte hier in der Zeitung wäre erstrebenswert. Kann dieser Angst nichts entgegenzusetzen werden? Weicht sie nicht einer nüchternen Betrachtungsweise und Realitäten, wird sich für viele die Frage stellen: „Warum erst den Ärger hier mitmachen? Warum nicht gleich Voll-BAföG-Empfänger an einer West-Uni werden?“ Sieht man einmal ganz schwarz, könnte sich dann für Teile der TU die Existenzfrage stellen bzw. könnte sie in Bedeutungslosigkeit versinken. Da kommt es gerade jetzt darauf an, daß die TU ihren Platz unter gleichartigen Universitäten auch der Bundesrepublik bestimmt und alles daran setzt, nicht am Ende zu landen.

F. H., SG 88/15/93